

Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft positiv

Das stellte die Ministerialdirigentin Ulla Kalbfleisch-Kottsieper vom Institut für europäische Politik in einem Vortrag vor der Europa-Union Mayen fest. Seit 1974 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder halbjährlich. Auf diesen EU-Gipfeln wird über die Ziele der Unionspolitik entschieden.

Von der deutschen Ratspräsidentschaft, die im ersten Halbjahr 2007 der deutschen Regierung obliegt, erwarten die Europäer in großem Umfang Fortschritte.

Am 50. Jahrestag der Gründung der EWG am 25.03.1975 hat der Gipfel die Berliner Erklärung eine Anzahl von wichtigen Vorhaben beschlossen. Die Referentin und die lebhaft Diskussions befassten sich mit fast allen relevanten europapolitischen Themen. Hier wurden auch Themen kontrovers behandelt, wie z. B. den Beitritt der Türkei, vom Gesundheitswesen, Nichtraucherschutz, das Alkoholverbot wegen der gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Folgen. Das so genannte Flatrate-Trinken sollte verboten werden. Das Risiko bei Extremsportarten sollten die Betroffenen selbst tragen. Seit 2004 betreibt die EU eine neue Nachbarschaftspolitik, d. h. die an die EU-Länder angrenzenden Länder sollten in eine bessere finanzielle Lage versetzt werden, damit eine Einwanderung in die EU-Länder verhindert wird. Die EU wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern. Die Verlässlichkeit der Agrarpolitik ist inzwischen beschlossen. Von der deutschen Ratspräsidentschaft erwarte man vor allem einen großen Schritt in Richtung zu einer neuen Verfassung oder wie man dieses Werk auch nennen will.

Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen.

Erschienen in der MY-Extra am 06.06.07